

Einzelnummer 1 K

Redaktion und Administration Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 34

Abonnement ½jährl. K 20.— monatl. K 7.—

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschecho-slowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Dienstag, 10. V. 1921.

2. Ijar 5681.

Neue Angriffe gegen das Palästina-Mandat.

(Von unserem Londoner H-Korrespondenten.)

London, 21. April 1921.

Kaum hat die industrielle Krisis in England etwas von ihrer äußersten Schärfe verloren, so wendet sich das Interesse des Parlaments auch schon wieder auswärtigen Fragen zu, und sofort auch wieder der Frage des Palästina-Mandats.

In der Sitzung des House of Lords vom 20. April wurde die Debatt durch eine Anfrage Lord Lamingtons eingeleitet, der zusammen mit Lord Sydenham und Lord Islington die Gruppe im Oberhaus bildet, welche immer wieder gegen die Mandatspolitik der Regierung insbesondere auch in Bezug auf Palästina Stellung nimmt. Diesmal beteiligten sich an der Debatte außer Lord Lamington, Lord Sydenham und Lord Islington, auch Lord Parmoor, Viscount Bryce und Marquis Crewe, die sich allerdings nicht gegen die pro-zionistische Stellungnahme Englands wandten, sondern nur das Bestreben zeigten, dem Parlament ausreichende Informationen zu verschaffen.

Für die Regierung sprach der das Kolonialamt vertretende Unterstaatssekretär Marquis of Londonderry. Wenn die Debatte auch keinen neuen Gesichtspunkt erbrachte, so verdient sie doch bemerkt zu werden, da es von Bedeutung ist, welche Argumente die antizionistischen Politiker ausfindig machen, um die Regierung anzugreifen.

Lord Lamington stellte an die Regierung die Anfrage, ob der Völkerbund darauf aufmerksam gemacht werde, daß bei dem Entwurf der Mandatsbestimmungen die Wünsche der einheimischen Bevölkerung Palästinas nicht berücksichtigt worden seien; er verlangt ferner, daß der von der sogenannten „amerikanischen Kommission" über die Verhältnisse in Palästina und Syrien an die amerikanische Regierung erstattete Bericht dem Völkerbund vorgelegt würde. Bei der Begründung seiner Anfrage führte der Lord aus, daß die Regierung zugegeben habe, daß die Bevölkerung Palästinas nicht befragt worden sei, ob sie das Mandat wünsche, und daß die Bevölkerung zu der Zeit, als sie ein britisches Mandat verlangt habe, nicht genügend beachtet hätte, daß eine zionistische Bewegung in Verbindung mit der Errichtung eines nationalen Heims für die Juden in Palästina am Werke sein werde. Die zionistische Bewegung sei nur der jüdische Deckmantel für Eroberung gewesen. Der Völkerbund solle daher darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Wünsche der Bevölkerung Palästinas nicht gemäß Artikel 22 der Konstitution des Völkerbundes zu Rate gezogen worden seien.

Die amerikanische Regierung habe seinerzeit eine Untersuchung über die Wünsche der Bevölkerung Syriens und Palästinas angestellt, Frankreich und Großbritannien hätten sich an der gemeinsamen Kommission beteiligen sollen, seien aber davon abgestanden, so daß die Amerikaner eine Untersuchung auf eigene Faust vorgenommen hätten, deren Ergebnis allerdings nicht bekannt gegeben worden sei. Deswegen sei es um so notwendiger diesen Bericht dem Völkerbunde vorzulegen.

Lord Sydenham (der auch vor kurzem in der Zeitschrift „Nineteenth Century" einen Aufsatz veröffentlicht hat, in dem er gegen die pro-zionistische Politik der Regierung auch mit antisemitischen Argumenten kämpfte) unterstützte den Vorredner, indem er sagte, der Bericht der amerikanischen Kommission solle nicht nur dem Rate des Völkerbundes übergeben, sondern auch veröffentlicht werden, um zu zeigen, was die Wünsche der einheimischen Bevölkerung Palästinas wären. Die Wünsche der Bevölkerung würden, sagte der Redner, wie er befürchte, in Mesopotamien und Palästina nicht beachtet; in Mesopotamien werde der Versuch gemacht, eine arabische Regierung einzusetzen, die ein großer Teil der Bevölkerung durchaus nicht haben wolle. (Lord Sydenham wird vermutlich niemals in die Lage kommen, sagen zu können, daß eine Regierung, selbst wenn ein Sohn des Königs des Hedjahs an ihrer Spitze steht, von der ganzen Bevölkerung, selbst auch nur der arabischen, gewünscht wird. — Anmerkung des Berichterstatters.) In Palästina aber sei eine autokratische Regierung eingesetzt worden, und Churchill könne seine jüngst einer muselmannischen Deputation gegenüber abgegebene Erklärung in Bezug auf die Einsetzung Sir Herbert Samuels als Oberkommissär nur im ironischen Sinne als eine Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung gemeint haben, da Sir Herbert Samuel ein sehr hervorragender Anhänger der mächtigen und „exotischen" Zionistischen Organisation sei. (Lord Sydenham glaubt allem Anschein nach allen Ernstes daran, daß die „Protokolle der Aeltesten von Zion" wirkliche zionistische Dokumente sind. — Anmerkung des Berichterstatters.) Die sogenannten Araber, fuhr Lord Sydenham fort, stehen dem auch einer jüdischen Autokratie gegenüber, indem die Sprache einer Minorität zur offiziellen Sprache gemacht worden ist und die Zionisten einen immer mächtigeren Einfluß in der Verwaltung des Landes bekommen.

Der Bericht der amerikanischen Kommission solle angeblich den Wunsch der einheimischen Bevölkerung nach Beschränkung der jüdischen Einwanderung enthalten. Dem gegenüber melde die „Egyptian Gazette" vom 6. Jänner, daß in der Woche bis zum 27. Dezember gegen 600 Immigranten aus der Krim und 200 aus anderen Orten Zentraleuropas via Triest in Palästina eingelangt seien. Diese Nummer der „Egyptian Gazette" meldet auch, daß die Zionistische Organisation aufgefordert worden sei, weitere 1000 Zertifikate für Chaluzim auszugeben. Der Redner wisse nicht, was die Wendung bedeute, fürchte aber, daß alle diese Einwanderer Zionisten seien, und manche von ihnen seien wahrscheinlich Bolschewiken, die aus Zentraleuropa entkommen, weil ihre Position dort nicht sehr angenehm sei. Wenn diese Immigration fortdauere, so sei das Uebergewicht der Zionisten über die einheimische Bevölkerung nur die Frage einer sehr kurzen Zeit, und für diese ganze gemischte Gesellschaft sei England verantwortlich, da alle diese Leute automatisch britische Bürger würden, und die eigentlichen Palästinenser nichts zu sagen hätten. Man müsse deshalb dafür Sorge tragen, nicht in Ausgaben verwickelt zu werden, die ganz unnötig seien. Es scheint, sagte Lord Sydenham, daß Balfour, zu der Zeit als er seine schicksalsschwere Deklaration machte, eine sehr blasse Ahnung von der jahrelangen Tätigkeit der Zionisten hatte, die hinter der von ihm gemachten Deklaration lag. Seit der Oberkommissär in Jerusalem angekommen ist, sei es schwer, Informationen aus Palästina zu bekommen, und deshalb sollte der Bericht der amerikanischen Kommission möglichst bald veröffentlicht werden.

Für die Regierung antwortete der Marquis of London derry, daß Artikel 22 der Konstitution des Völkerbundes nur feststelle, daß die Wünsche der Bevölkerung in Bezug auf die Auswahl der Mandatmacht in Betracht gezogen werden müsse, nicht aber in Bezug auf die Bestimmungen des Mandats. Was den Bericht der amerikanischen Kommission anlange, so sei es unmöglich, daß die englische Regierung dem Rat des Völkerbundes auf ein Dokument verweise, das einer anderen Regierung gehöre, und von derselben nicht zur Veröffentlichung oder zur Mitteilung an dritte Regierungen geeignet gefunden worden sei. Im übrigen sei eine Aktion zur Vorlegung dieses Berichtes nicht mehr zeitgemäß.

Lord Lamington erwiderte hierauf, daß, wenn man die amerikanische Regierung nicht um diesen Bericht bitten könne, so solle man doch den Völkerbund auf die Existenz des Berichts aufmerksam machen.

Der Marquis of Crewe meinte, es müsse doch möglich sein Information über die Sachlage zu bekommen, damit die Arbeit des Völkerbundes durch die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern wirklich unterstützt werde.

Lord Islington verwies darauf, daß es wenig zufriedenstellend sei, daß alle Anfragen im Unterhaus und im Oberhaus die Regierung nicht dazu bewegen, genügend Informationen zu erteilen. So weit Palästina in Frage kommt, sei England zwei Jahre lang im Lande und es sei noch kein Bericht gegeben worden, der dem Parlament oder der Oeffentlichkeit zeigen würde, welche Kosten aus der Verwaltung des Landes entstehen.

Lord Parmoor wies darauf hin, daß Amerika nicht Mitglied des Völkerbundes sei und infolgedessen die im Besitze der amer. Kommiss. befindliche Information nicht dem Völkerbund vorlegen werde. Deswegen sei es durchaus wünschenswert, den Völkerbund darauf aufmerksam zu machen, daß der Bericht der amerikanischen Kommission existiert. Die Mandate bedeuten Treuhand-Verpflichtungen, wie General Smuts, der Autor der Mandatsklausel erklärt habe, als er die Bedeutung des Begriffs „Mandat" auf das römische Recht zurückführte. Deswegen müßte man wissen, was die Wünsche der Bevölkerung und die Verhältnisse in den Mandatsgebieten seien.

Viscount Bryce unterstützte den Vorredner in dem Wunsche nach ausreichenden Informationen. Das Parlament sei bereit, regelmäßig Berichte darüber zu erhalten, was auf der Grundlage des Mandats geschieht und in welcher Weise das Prinzip der Treuhandverpflichtung ehrlich ausgeführt werde. Das sei nicht nur eine Frage moralischer, sondern auch finanzieller Verantwortung über die Klarheit geschaffen werden müsse. Vielleicht könne ein gemeinsames Komitee aus Mitgliedern der beiden Häuser eingesetzt werden, um die ganze Angelegenheit zu prüfen. Eine solche Unterstützung von seiten des Parlaments würde die Stellung der Regierung im Völkerbund stärken.

Der Vertreter der Regierung, Marquis of London derry, wies wiederum daraufhin, daß Artikel 22 der Konstitution des Völkerbundes die Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung nur auf die Auswahl der Mandatmacht, aber nicht auf die Bestimmungen des Mandats vorsieht. Was aber die amer. Kommission anlangt, so sei sie nicht von der Friedenskonferenz eingesetzt worden. Zwar sei ein Vorschlag zur Einsetzung einer solchen Kommission vorgelegen, er sei aber fallen gelassen worden, sodaß die Amerikaner die Kommission auf eigene Faust durchgeführt hätten.

Nach dieser Aufklärung zog Lord Lamington seinen Antrag zurück und die Debatte hatte ein Ende.

Es ist ganz interessant zu sehen, welchen Wert plötzlich die kleine gegen das Palästina-Mandat auftretende Gruppe der Parlamentarier auf den Bericht der amerikanischen Kommission legt. Es ist in weiten Kreisen bekannt, in welcher geradezu dilettantischen Weise die Nachforschungen jener Kommission geführt wurden, mit der weder die Franzosen noch die Engländer noch die Italiener etwas zu tun haben wollten, und die ein solches Resultat ergab, daß die amerikanische Regierung — es nicht der Mühe wert erachtete, den Bericht an irgend eine Stelle weiter zu geben.

Keren Hajessod.

Israel Cohn

I. P. Z. Israel Cohn weilte nach Beendigung seiner Reise für den Keren Hajessod, für den er innerhalb 8 Monaten 114.000 Pfund gesammelt, hat, zurzeit in Palästina. Laut „Haaretz" besuchte Cohn auf seiner Reise Australien, Neuseeland, China, Indien, Japan und die Mandschurei, alles Länder, deren Judengemeinden nicht beträchtlich an Zahl sind. Auch an diesen Ländern sei die allgemeine Krise nicht spurlos vorübergegangen. Dagegen nehmen die Juden im öffentlichen Leben nicht unwichtige Positionen ein. So ist z. B. der Präsident der Abgeordneten-Versammlung in Neu-Süd-Wales ein Jude. Früher war zufälligerweise auch der Vizepräsident Jude, so daß einmal die Sitzung am Jom-Kippur-Abend verschoben werden mußte, da sowohl Vorsitzender als Vizevorsitzender in der Synagoge waren. Man könne hier noch vieles für den Zionismus leisten. Leider wurden diese Länder bisher vernachlässigt und die Ergebnisse wären, falls man mit der Arbeit vor 10 Jahren begonnen hätte, heute viel günstigere. Das geistige Leben leidet z. B. darunter, daß es überall, außer in Schanghai, keine modernen Rabbiner gibt, sondern nur Kantoren und Schächter. Cohn erwähnt, daß an vielen der von ihm für den Keren Hajessod veranstalteten Versammlungen auch zahlreiche Christen teilgenommen haben. In Wellington (Australien) war der Stadtpräsident Vorsitzender der Versammlung und unter den Rednern befanden sich der Ministerpräsident und der Oberrichter, alle Christen. Während Wellington im ganzen nur 700 Juden zählt, flossen für den Keren Hajessod 2500 Beiträge ein, also weitaus die Majorität von Christen, aber auch an vielen anderen Orten war es ähnlich.

Vor der deutschen Einheitsfront.

Der „Wiener Morgenzeitung" wird aus Berlin gemeldet:

Im deutschen Judentum beginnt es wieder lebendig zu werden. Der zunehmende Antisemitismus und die bevorstehenden Aufgaben haben eine Zeitlang die inneren Gegensätze zurückgedrängt. Die antisemitische Agitation hat in Deutschland einen vorher nicht dagewesenen Umfang angenommen; nicht nur Bücher vom Range der „Geheimnisse der Weisen von Zion" und Dinters „Sünde wider das Blut" finden weiteste Verbreitung und willige Leser, sondern auch die alldeutsche Presse hat, infolge der zunehmenden Reaktion immer mehr Leser gefunden und betrachtet als ihre Hauptaufgabe die Schmähung des Judentums. Zwar ist anzuerkennen, daß pogromartige Ausschreitungen bisher in Berlin nicht stattgefunden haben, aber an Ansätzen dazu hat es auch nicht gefehlt. Mehrmals wurden beim Sonntagsbummel deutschnationaler Studenten auf dem Kurfürstendamm jüdische Passanten heftig insultiert. Der Antisemitismus erzeugt in weiten Kreisen der deutschen Juden eine starke Beunruhigung und zweifellos war dies eines der Hauptmotive, das die Schaffung der Gesamtorganisation der deutschen Juden bei der Gemeindetagung vom 23. Jänner ermöglicht hat. Es muß anerkannt werden, daß diese Gesamtorganisation ein demokratisches Judenparlament schafft, das in vielen Punkten geradezu als vorbildlich bezeichnet werden kann. Es ist gelungen, den Widerstand der Gemeindenotabeln gegen eine wirklich demokratische Verfassung der Gesamtorganisation zu brechen, allerdings um den Preis, daß das Wahlrecht der Einzelgemeinden von der Regelung unberührt bleibt. In die Kompetenz der Gesamtorganisation wurden nicht, wie die Zionisten beantragt hatten, die gesamten jüdischen Interessen einbezogen, sondern lediglich die Angelegenheiten des deutschen Judentums. Trotzdem wurde auf der Tagung übereinstimmend erklärt, daß zu diesen Angelegenheiten auch die Ostjudenfrage gehört, ebenso wie Palästina, das der liberale Vorsitzende, Prof. Kalischer geradezu als „den einzigen Lichtblick" in der heutigen traurigen Lage des Judentums bezeichnete. Bis auf den Widerstand einzelner orthodoxer Gruppen, die gewisse religiöse Forderungen nicht für hinreichend berücksichtigt erklärten, herrschte bei der Gemeindetagung eitel Friede und Eintracht. Die Einheitsfront des deutschen Judentums schien geschaffen.

Die Zionisten waren bereit, sich in gewissem Sinne dieser Einheitsfront einzufügen. Obwohl viele ihrer Forderungen, insbesondere die restlose Demokratisierung des Gemeindewahlrechts, unerfüllt blieben, waren sie doch bereit, in der Bekämpfung des Antisemitismus — soweit dies bei der verschiedenen Auffassung vom Wesen des Judentums möglich ist — und anderen Aufgaben zusammenzugehen, besonders angenehm berührt durch die bei der Tagung allgemein geäußerte positive Haltung in der Palästinafrage. Zahlreiche nichtzionistische Persönlichkeiten haben sich auch nachher lebhaft für ein Zusammengehen mit den Zionisten in der Palästina-Aktion, insbesondere in der Geldsammlung für den Keren Hajessod, ausgesprochen. Genannt sei nur der Vorsitzende des neutralen Jugendbundes Dr. Apfel, der bekannte liberale Rabbiner Dr. Baeck und Dr. Paul Nathan, der in einem ausführlichen Artikel der Zeitschrift „Im deutschen Reich" betont hat, die alten Gegensätze müßten vergessen werden, und bei der heutigen Sachlage die allerdings seiner Meinung nach die Wünsche der Zionisten unbefriedigt lasse, könnten sich

auch die Nichtzionisten an der Palästina-Arbeit beteiligen.

Naumann hat jüngst im Berliner „Tag" einen Artikel veröffentlicht, der sich heftig gegen Paul Nathans erwähnten Palästina-Artikel wendet. Er sieht in der Halbheit, die nicht scharf zwischen Deutschtum und Judentum entscheidet, die Zionisten und Nichtzionisten als „jüdische Parteien" auffaßt — während doch in Wahrheit zwei verschiedene Nationen vorliegen — die Gefahr, die am meisten zu bekämpfen ist. Naumann erklärt unumwunden, es handle sich ihm nicht um eine jüdische Einheitsfront, sondern um Herstellung einer deutschen Einheitsfront. Warum sich seine Anhänger trotzdem als Juden organisieren — auch getaufte werden aufgenommen — und nicht einfach in die Deutsche Volkspartei eintreten, bleibt unerfindlich. Durch Naumanns Agitation ist jeder Versuch einer jüdischen Einheitsfront durchbrochen worden. Durch seinen Kampf gegen den Zentralverein und seine Kritik der deutschen Gesinnung der Zentralvereinsführer hat er tatsächlich bewußt auch stark auf den Zentralverein eingewirkt.

Die nächsten Wochen werden also wahrscheinlich für das deutsche Judentum recht bewegt sein. Es wäre zu wünschen, daß die kommenden Kämpfe eine Reinigung der Atmosphäre bringen und daß es dann gelinge, eine Einheitsfront für Palästina zu schaffen, die alle Elemente umfaßt, welche noch wirkliches jüdisches Fühlen nicht abseits stehen läßt, während dem jüdischen Volke nach zweitausend Jahren wieder sein Heim gebaut wird. Künstlich läßt sich eine Einheitsfront weder schaffen noch erhalten. Gegensätze sollen offen und ehrlich ausgetragen werden, sonst fressen sie im Innern weiter und stören jede Arbeit.

Ueber das Bürgerschulwesen in der Slowakei und der Podkarpatska Rus nach dessen Stande anfangs des Schuljahres 1920/1921 bringt ausführliche Daten Nr. 5 und 7 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes". In der Slowakei wurden im ganzen 102 Bürgerschulen gezählt (darunter 98 öffentliche 4 private); auf die gemischten Schulen entfallen 64 auf Mädchen-Bürgerschulen 31, auf Knaben-Bürgerschulen 7. Unter sämtlichen (102) Schulen befanden sich 68 Staats-, 9 Gemeinde-, 25 konfessionelle Schulen. Die slowakische Unterrichtssprache ergab sich an 76 Schulen, die magyarische an 17, die deutsche an 3, die slowakische und deutsche an 2, die deutsche und magyarische an 2, die russische (ruthenische) und magyarische an 1 Schule. Unter sämtlichen 20.849 eingeschriebenen Kindern (darunter 8.516 Knaben, 12.333 Mädchen) bekannten sich zur slowakischen oder tschechischen Nationalität 12.532, zur deutschen 1519, zur magyarischen 4182, zur jüdischen 2465, zur russischen, ruthenischen oder ukrainischen 122, zu einer anderen 29 Schulkinder. Auf je 1 slowakische Schule entfielen durchschnittlich 190, auf je 1 deutsche 160, auf je 1 magyarische 233, auf je 1 Schule mit einer anderen Unterrichtssprache 304 Kinder. In der Podkarpatska Rus wurden im ganzen 10 Bürgerschulen (8 öffentliche, 2 private), mit 40 Unterrichtsklassen bei 1602 Schulkindern gezählt. Darunter waren 8 Staats-, 1 Gemeinde- und 1 griechisch-katholische Schule. Der Unterrichtssprache nach gab es 7 russische oder ruthenische, 1 slowakische und 2 magyarische Schulen. Die eingeschriebenen Schulkinder waren überwiegend jüdischer Nationalität (729), sodann magyarischer (480), russischer, ruthenischer oder ukrainischer (308), slowakischer oder tschechischer (64), deutscher (18) endlich einer anderen Nationalität (3).

Inland.

Von den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes" erschienen eben wieder 3 Nummern (Nr. 5—7) mit ausführlichen Angaben über die Endresultate der Einschreibungen in Volksschulen (in Böhmen, Mähren und Schlesien) und Bürgerschulen (in der gesamten tschechoslowakischen Republik), anfangs des Schuljahres 1920/21. Nr. 5 der „Mitteilungen" enthält eine allgemeine Einleitung und eine Uebersicht in textlich gedrungener Form aller oben angeführten Schulen; dagegen erscheinen die den Text erklärenden Tabellen in den folgenden Heften, und zwar beziehen sich auf das Volksschulwesen die Tabellen in Nr. 6, über Bürgerschulen klären die in Nr. 7 abgedruckten auf. Die „Mitteilungen" hat in Kommission Bursik und Kohout, Praha II., Vaclavské namesti; sie sind aber auch durch jeden anderen Buchhändler zu beziehen.

Ueber die Unterrichtssprache der Volksschulen und über die Nationalität ihrer Schulkinder in Böhmen, Mähren und Schlesien findet man Angaben in Nr. 5 und 6 des „Mitteilungen" des Statistischen Staatsamtes". Unter sämtlichen 9523 Volksschulen anfangs des Schuljahres 1920/21 wurden 6228 Schulen mit tschechischer Unterrichtssprache gezählt, die 20.303 Unterrichtsklassen mit 1,026.530 Schulkindern besaßen (auf je 1 Schule waren durchschnittlich 164.8 Schulkinder eingeschrieben), Schulen mit deutscher Unterrichtssprache kamen 3303 mit 9917 Unterrichtsklassen und 461.426 Schulkindern vor (auf je eine Schule entfallen 139.7 Kinder); mit deutscher und tschechischer Unterrichtssprache wurden nur 4 Volksschulen mit 17 Unterrichtsklassen und 394 Kindern (98.5 durchschnittlich auf je 1 Schule) ermittelt mit polnischer Unterrichtssprache gab es 87 Schulen mit 334 Klassen und 18.619 Volksschulkindern (auf je 1 Schule entfallen 214 Schulkinder; die französische Unterrichtssprache war nur auf 1 Schule mit 2 Klassen und 27 Schulkindern vorhanden. Je 1 Klasse mit tschechischer Unterrichtssprache besuchten durchschnittlich 49.3, mit deutscher 46.5 mit polnischer Unterrichtssprache 557 Schulkinder. Der Nationalität nach bekannten sich unter sämtlichen (1,506.996) Volksschulkindern 1,023.943 (67.9 Proz.) Kinder zur tschechischen, 457.622 (30.4 Proz.) Kinder zur deutschen, 20.635 (1.4 Proz.) Kinder zur polnischen, 4.101 (0.3 Proz.) Kinder zur jüdischen, 695 Kinder (0.07 Proz.) zu einer andern Nationalität.

An den Bürgerschulen in der tschechoslowakischen Republik war, nach Nr. 5 und 7 der Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes" zu schließen, anfangs des Schuljahres 1920/21 die tschechische Unterrichtssprache an 901 Schulen (mit 3374 Unterrichtsklassen, 175 Kursen, bei 168.514 Schulkindern) vorhanden, die slowakische an 77 Schulen (mit 374 Klassen, 3 Kursen bei 14.529 Schulkindern); die deutsche an 398 Schulen (mit 1462 Klassen, 76 Kursen bei 63.232 Kindern); die magyarische an 19 Schulen (mit 90 Klassen, 2 Kursen, bei 4543 Kindern); die russische oder ruthenische an 8 Schulen (mit 32 Klassen bei 1141 Kindern); die polnische an 3 Schulen (mit 18 Klassen bei 418 Kindern), eine andere Unterrichtssprache an 5 Schulen (mit 42 Klassen bei 1755 Kindern.) Unter sämtlichen 254 133 Bürgerschulen besuchenden Schulkindern bekannten sich zur tschechischen oder slowakischen Nationalität 180.428 (71 Proz.), zur deutschen 63.440 (25 Proz.), zur magyarischen 4 669 (1.8 Proz.), zur jüdischen 4.231 (1.7 Proz.), zur polnischen 842 (0.3 Proz.) zur russischen oder ruthenischen 439 (0.2 Proz.), zu einer andern 34 Kinder.

Deutschland.

Antisemitisches.

Den planmäßigen Feldzug, den die wotanbegeisterten Antisemiten auch gegen die christlichen Institutionen führen, ist schon vielfach beleuchtet worden. Obwohl wir Juden aus sattsam bekannten Gründen für die „Judenmission" der christlichen Bekehrungsgesellschaften keinerlei Sympathien hegen können, müssen wir doch an dieser Stelle von einer scharfen Abwehr Notiz nehmen, welche eine solche hiesige Judenmissionsgesellschaft, die „Vereinigung ernster Bibelforscher" als Resultat ihrer „christlichen Erkenntnis" in hiesigen öffentlichen Blättern gegen die deutschvölkischen Agitationsmethoden richtet und in welcher es in dieser Hinsicht heißt: „Weite Kreise des Volkes leiden unter der hetzerischen Tätigkeit antisemitischer Kreise. Wohl aus Mangel an wirklichem Tatsachenmaterial und auf Treiben gewisser religiöser Gegner der Vereinigung ernster Bibelforscher greift man uns heftig in nationalen Blättern an, ohne uns Gelegenheit zu geben, die veröffentlichten Unwahrheiten zurückzuweisen! Man beruft sich auf den „Hammer", auf das von Unwahrheiten strotzende Buch von August Fetz, betitelt „Der große Volks- und Weltbetrug der Vereinigung ernster Bibelforscher" und behauptet, die Bibelforscher sind ein Vortrupp der Juden, oder, das Bankhaus Hirsch in Newyork versorgt die ganze Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher mit reichen Geldmitteln usw. usw. Alle diese Dinge, die wir für Lügen erklären, werden verbreitet von Herrn Fritsche in Leipzig im „Hammer", von Herrn August Fetz in seinem obgenannten Buche und Herrn Georg Quintel in Hannover in seinem nach anarchistischem Muster zu gewalttätigen, gesetzesverletzenden Handlungen gegen die Bibelforscher auffordernden Flugschriften, durch nationale Blätter in diesbezüglichen Zeitungsartikeln, von antisemitischen Rednern in Versammlungen, von den deutschvölkischen Verlagsbuchhandlungen usw. Die Verbreiter solcher Unwahrheiten beweisen die Niedrigkeit ihres Charakters mit diesen von Anfang bis zu Ende erfundenen Lügen. Sie sind die wahren Feinde der menschlichen Gesellschaft und verhetzen das Volk in einer Weise, die beweist, daß sie Feinde Gottes, Feinde Christi und Feinde der Menschen sind. Wo sie aus unseren Schriften zitieren, reißen sie Sätze aus dem Zusammenhang heraus usw. und verbreiten Unwahrheiten, die ihrer Dreistigkeit halber alles bisher Dagewesene übersteigen."

Aus der Chronik der jüd. Gasse.

Dr. Rabin, der Sohn eines ukrainischen Rabbiners, wurde an das jüdisch-theologische Seminar nach Breslau berufen. Er steht im 38. Lebensjahre, studierte in Deutschland, der Schweiz, Orientalia und Geschichte der Philosophie, war Lehrer am Lehrerseminar in Jerusalem. 1918 erhielt er das Lektorat an der Universität zu Gießen für nachbiblische Geschichte, später an der Universität zu Frankfurt a. M. Dr. Rabin wird am Seminar Bibelexegese und Geschichte lesen.

Am 11. April feierte Doktor Adolf Friedemann seinen 50. Geburtstag. Friedemann gehörte zu den ersten deutschen Zionisten, die sich Herzl zur Verfügung stellten. Später nahm er an den inneren Kämpfen im Zionismus auf Seite der sogenannten politischen Zionisten lebhaften Anteil und gehörte dem Actions-Comite von 1902 an. Von seinen literarischen Arbeiten ist besonders die Herausgabe des zionistischen A. B. C.-Buches und die Herzl-Biographie „Das Leben Theodor Herzls" zu erwähnen. Die letzte Schrift gibt ein überaus lebendiges Bild vom Leben und Werk Herzls. Gegenwärtig lebt Friedemann in Holland.

Die von einem Deputierten in Kanada eingebrachte Resolution gegen die Einwanderung stieß auf heftigen Widerstand. Der jüd. Deputierte Jacobs forderte freie Einwanderung.

Die durch das Ableben des verstorbenen Rabbi Halpern frei gewordene Stelle im Warschauer Sejm soll durch den orthodoxen Stadtrat von Lodz Minzberg oder Bialer besetzt werden.

Bei einer Hausdurchsuchung der Zentrale der Dritten Internationale in Newyork wurden die zwei Führer Abraham Jacura und Israel Amter verhaftet.

In Weißrußland werden terroristische Organisationen gegen die Sowjets gebildet.

Graf Bethlen und Graf Radan sind zwecks Inspizierung des Internierten-lagers nach Zalaegerszeg abgereist.

Der berühmte Pazifist Fried ist gestorben.

Dieser Tage finden in Wien die Wahlen in den Vorstand der „Polnischen Schul" statt. Es kandidieren das bisherige Mitglied Dr. Leo Landau, ein berüchtigter Gegner der Ostjuden, und als sein Gegner Herr Norbert Rappaport.

Der ehemalige ungarische Minister Eugen Beniczky, ein berühmter Pogromheld, forderte Grafen Imre Karolyi zum Duell, weil dieser behauptet hatte, daß Beniczkys Frau eine Jüdin wäre und er (Beniczky) selbst sich von seiner Frau aushalten lasse, und mit ihrem Gelde antisemitische Hetze veranstalte. Das Duell mußte abgebrochen werden, weil sich nach einer leichten Verwundung Beniczky Herzschwäche zeigte. „Az Ember" meint nun, mitunter kommt so eine Herzschwäche gerade zur rechten Zeit. Als Herr von Beniczky in Transdanubien blutdürstige Pogromreden hielt und zu Mordtaten aufreizte, da stellte sich niemals seine Herzschwäche ein. Dazu war sein Herz stark genug. Und auch Eure Exzellenz (gemeint ist die Frau) hatte das Herz, diese der Judenvertilgung gewidmeten Auslagen des Herrn von Beniczky zu finanzieren. Denn nur davon ist hier die Rede, Frau Lenke Beniczky-Blum, Graf Karolyi ist Kavalier und erklärt, nachdem er sich mit dem Ausgehaltenen eines Judenweibes geschlagen hat, höflich, daß er nicht die Absicht hatte, Frau Oedön von Beniczky zu beleidigen. Wir aber sind nicht so zartfühlend als der Graf. Wir wollen Ihre Exzellenz, geborene Blum öffentlich fragen, ob sie sich denn nicht schämt. So sehr auch die Ehe zweier Leute Privatsache sein mag, so kann man doch nicht wortlos darüber hinweggehen, daß der ungebärdeste Pogromveranstalter von einer jüdischen Frau finanziert wird, daß Herr Beniczky in der Kutsche der Jüdin zu den antisemitischen Versammlungen fährt. Empfinden nicht Eure Exzellenz, geb. Blum, daß man sich einer solchen Situation schämen muß?"

Die vom Joint nach Warschau einberufene Wiederaufbaukonferenz, über welche wir bereits berichtet haben, hat folgende Resolutionen angenommen: Die Konferenz hält die Gründung einer Zentralbank für zweckmäßig, die die ganze Wiederaufbauarbeit zu leiten haben wird. Die Bank soll folgende Abteilungen enthalten: 1. Kredit für Kleinhandel, Handwerk, Ackerbau und Einzelkredit, Finanzierung der Kooperativen und Genossenschaften wie auch Kredit für den Wiederaufbau ruinierter Gebiete; 2. Finanzierung von Handwerksschulen, Fortbildungsschulen, Hochschulen und Berufsschulen. 3. eine statistische Kommission. Die Konferenz anerkennt die Unterstützung der Chaluzarbeit in Polen als einen Teil der Wiederaufbauaktion. In Berücksichtigung der momentanen Situation erkennt die Konferenz die Wiederaufbauaktion als unumgängliche Notwendigkeit an und stellt fest, daß diese Aktion unverzüglich begonnen werden muß, unabhängig v. d. Aktion für momentane Hilfe. Mit Rücksicht auf den provisorischen und nur informativen Charakter der Konferenz wird der Leitung des Joint vorgeschlagen, eine permanente Abteilung zu schaffen, die einen genauen Arbeitsplan zu entwerfen und der nächsten Konferenz, die spätestens in zwei Monaten einberufen werden soll, vorzulegen hätte.

Erez Israel.

Politisches.

Zu den Unruhen in Jaffa.

Ueber die Vorfälle, die sich am 1. Mai in Jaffa ereignet haben, liegen noch keine genauen Mitteilungen vor. Es steht nur folgendes fest: Im Anschluß an eine Maifeier jüdischer Arbeiter, die durch arabische Provokateure gestört wurde, entspann sich eine Schlägerei, die schließlich in einen Kampf zwischen Juden und Arabern überging. Auf beiden Seiten wurde von Waffen Gebrauch gemacht. Die Straßenkämpfe, in deren Verlauf arabische Banden auch Läden zu plündern versuchten, dauerten den ganzen Tag an. Am Montag erhielten die Araber aus der Umgebung Verstärkung, die Unruhen erneuerten sich, worauf Truppen mit Panzerautomobilen einschreiten mußten. Auf seiten der Juden sind 30 Tote zu beklagen, die Araber verloren 10 Tote und 37 Verwundete. 142 Juden wurden verletzt. Die Polizei nahm 60 Personen in Haft. Die Ruhe wurde durch die Proklamierung des Belagerungszustandes hergestellt.

Schekelversammlung

Der Misrachi veranstaltete am 10. April in der großen Synagoge der „Hundert Tore" eine öffentliche Schekelversammlung. Es sprachen Rabbiner Fihmann, Oberrabbiner Kook und Jakob. Meier, Hermann Struck, Rabbiner Kowalski aus Wloclawek u. Rabb. Horowitz. (J. P. Z.)

Ehrung Sokolows.

Während der Feiertage fand eine große Manifestation zu Ehren Sokolows in Jerusalem statt. Der Oberkommissär will ein palästinensisches Verteidigungskorps schaffen.

Arabische Schulen.

Das Erziehungs-Departement der palästinensischen Regierung hat bis zum April 39 neue arabische Dorfschulen errichtet.

Pilgerfahrten.

Während der Feiertage sind viele Chaluzim nach Jerusalem gepilgert.

Marie Fels.

(J. P. Z.) In Jerusalem sind Marie Fels und Peter Schweizer in Angelegenheit der amerikanischen „Achusah Zion" eingetroffen, und hatten mit den Vertretern der Gemeinde Haifa eine Besprechung zwecks Gründung eines Krankenhauses.

(J. P. Z.) Dr. Brunschwig, Präsident der Schweizer-Zionisten ist in Palästina eingetroffen.

Josef Chilo aus Alexandrien, Generalvertreter der Zigarettenfabrik „Allium Cigaretts" will demnächst mehrere Filialen errichten. (J. P. Z.)

Einwanderung.

In den letzten Tagen ist eine große Einwanderung aus dem Osten bemerkbar. (J. P. Z.) Am 7. April kamen mit dem Schiffe „D..." gegen 90 Chaluzim nach Haifa; am 9. April mit der „Corintia" 200, die jedoch in Jaffa landen mußten. (J. P. Z.)

Wirtschaftliches.

Einfuhrzoll.

J. P. Z. Laut amtlicher Verlautbarung wird auf Maschinen, die aus dem Auslande importiert werden, ein Einfuhrzoll von 11 Prozent ad valorem erhoben. Bei Maschinen aus Aegypten und der Türkei beträgt der Zoll nur 8 Prozent. Der Betrag ist, sofern er 100 Pf. nicht übersteigt, sofort zu erlegen; bei höheren Beträgen muß der Importeur vor Herausgabe der Waren 100 Pf. erlegen, während der Restbetrag zur Hälfte innerhalb 12 Monaten nach der ersten und zur anderen Hälfte innerhalb weiterer 12 Monate zu erlegen ist. Der Impor-

teur, resp. sein Kommissionär müssen der Zollverwaltung für den Rest der Zollgebühr die Bürgschaft einer Bank beibringen. Die schuldige Gebühr wird mit 5 Prozent verzinst; ratenweise Abzahlung ist gestattet.

Arbeiterbank.

J. P. Z. Die vereinigten jüd. Arbeiterorganisationen Palästinas ersuchten die Regierung um die Erlaubnis, eine Arbeiterbank mit einem Grundkapital von 40.000 Pf. zu eröffnen.

Postamt — Rischon le Zion.

J. P. Z. Am 10. April wurde in Rischon le Zion das Postamt, zugleich mit Telegraph- und Telephonamt, in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Jaffa eröffnet.

Badesaison in Tiberias.

Die Badesaison in Tiberias ist in vollem Betrieb. Aus allen Gegenden Palästinas und der benachbarten Länder kommen Kranke, die in den heißen Quellen Heilung suchen. Sämtliche Hotels und Privathäuser sind überfüllt. Es fehlt dort noch an modernen Hotels und sonstigen Einrichtungen, die die Frequenz der Bäder um ein vielfaches steigern und eine einträgliche Einnahmsquelle für rentable Unternehmungen bilden könnten.

Kulturelles.

Vom Technikum — Haifa.

J. P. Z. Nach langwierigen Bemühungen und zahlreichen Vorstellungen, besonders der Zion. Kommission, ist es nunmehr gelungen, die Freigabe des von den englischen Militärbehörden für Militärzwecke angeforderten jüd. Technikums in Haifa zu erwirken. Die Militärbehörden haben ihre Zustimmung zur Evakuierung gegeben; mit den Räumungsarbeiten wurde bereits begonnen. Die Frage der ehesten Wiedereröffnung des Technikums ist somit in ihr akutes Stadium getreten. An die Zion. Organisation wurde das dringende Ersuchen gerichtet, die zur Eröffnung des Technikums erforderlichen Summen in möglichst kurzer Zeit bereitzustellen. Für die Vollendung der erforderlichen Bauarbeiten hat Boris Goldberg 2000 Pf. zur Verfügung gestellt.

Nationalbibliothek.

J. P. Z. Das Unterrichtsdepartement der Regierung hat in einem offiziellen Schreiben der Leitung des Britischen Museums in London die Existenz der Nationalbibliothek in Jerusalem zur Kenntnis gebracht, wie auch den Beschluß, durch welchen diese Bibliothek von der Regierung als eine Institution von akademischem Wert und Rang anerkannt wird.

Kunstausstellung.

J. P. Z. Am 9. April wurde die auf Initiative der Pro Jerusalem Gesellschaft veranstaltete Kunstausstellung im Davidsturm (Migdal David) eröffnet. Anwesend waren außer Samuel und Gemahlin auch der Kreischef von Jerusalem, Storrs, der zugleich Präsident der Pro Jerusalem-Ges. ist, der Stadtpräsident, griechische und armenische Geistliche und zahlreiche englische und jüdische Notablen. In seiner Ansprache drückte Samuel seine Freude aus, an der Eröffnung teilnehmen zu können und dankte Storrs, Lug und Ing. Ashby für die gute Organisierung dieser Kunstausstellung. Die Kunst müsse gepflegt werden, da sie das Leben verschönere. Auch die Regierung werde trachten, durch entsprechende Anschaffungen für die Regierungsbäude und Aemter die heimische Kunst zu unterstützen. Samuel eiferte die Anwesenden in humorvoller Weise an, die ausgestellten Kunstwerke fleißig zu erwerben, da deren Preis sicherlich später nach deren Bekanntwerden im Ausland in die Höhe gehen dürfte. Er wies auf die Entwicklung der Aesthetik und des guten Geschmackes durch den Bezalel und auch die Handwerkschulen der Alliance hin und bedauerte, daß in der muselmanischen Abteilung nur antike Kunstgegenstände ausgestellt worden seien. Er hoffe, daß bei der nächsten Ausstellung auch diese Abteilung reich an Neuschöpfungen sein werde. Nach Abschluß der Eröffnungsfeier wurden die Ausstellungsräume von den Anwesenden besichtigt. Die Räume sind eingeteilt in: Saal für muselmanische Kunst, Saal der Stadtpläne Jerusalems, Saal der internationalen Kunst und die Säle des jüd. Künstlerverbandes.

Krankenhaus — Tiberias.

J. P. Z. Am 14. April wurde in Tiberias der Grundstein gelegt für ein neues Krankenhaus, eine Stiftung der Frau Schweizer.

Kurse für Maschinenschreiben.

J. P. Z. In Jaffa wurde die erste Schule für systematische Kurse in Maschinenschreiben, sowie englischer und französischer Stenographie eröffnet. Unterricht in dieser „Rapid-Schule" wird durch geschulte europäische Lehrkräfte erteilt.

Das neue Strafgesetz.

J. P. Z. Die Regierung hat ein Komitee ernannt zwecks Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzes für Palästina, das sich zusammensetzt aus Goadby, Vizejustizsekretär, Generaladvokat Kermak, den Mitgliedern des Appellationsgerichtes Frumkin und Jeralla, dem Prokurator am Appellationsgerichte Isaak Effendi Bodery und Abarius, Inspektor der Gerichtshöfe. Diese Kommission fußt bei ihren Arbeiten auf dem neuen, durch Experten für Aegypten ausgearbeiteten Kodex, der Verbesserungen des vorher eingeführten Strafgesetzes enthält. Die Kommission hält auch weitere Aenderungen für notwendig, um diesen Kodex auch den Bedürfnissen Palästinas anzupassen. Die Arbeiten der Kommission sollen drei Monate dauern, worauf der Kodex dem Oberkommissär zur Sanktionierung vorgelegt werden wird, um sodann nach öffentlicher Publizierung in englischer, arabischer und hebräischer Sprache als offizielles Strafgesetz für Palästina zu gelten.

Der Sohn des Oberkommissärs.

J. P. Z. Der Sohn des Oberkommissärs, Edwin Samuel, wurde zum Vizeleiter der Erziehungsabteilung bei der Regierung ernannt und hat am 8. April sein neues Amt angetreten.

Die Besiedlung.

Einwanderung.

(J. P. Z.) Im Laufe des März sind in Palästina 950 Immigranten eingetroffen, darunter 300 aus Anatolien und Persien. 60 Familien haben sich organisiert, um sich als Kolonisten niederzulassen. Die Immigrationsabteilung des Waad Hazirim will diese Immigranten in verschiedenen Handwerken ausbilden und bestrebt sich, die Immigranten an Orten anzusiedeln, wo es noch keine zahlreichere jüd. Bevölkerung gibt, wie Beersheba, Gaza, Akka, Ramleh usw. Viele dieser Immigranten sind bei den Eisenbahnen beschäftigt.

Vom Zionismus

Die Tätigkeit des Jüdischen Nationalfonds.

Die Verlegung des Hauptbüros nach Jerusalem. — Neue Bodenkäufe. — Das Technikum in Haifa wird Eigentum des JNF. — Aufforstungen. — Sonstige Adaptierungsarbeiten. — Spendenertrag im 1. Quartal 1921. — Einnahmesteigerung in Aussicht.

Vom 10. bis 12. April fanden im NF-Hauptbüro zu Haag Sitzungen des Direktoriums statt. An ihnen nahmen die Herren Justizrat Bodenheimer, Dr. Hantke, Ing. Keßler, Nehemia de Lieme und Prof. Warburg teil. Die Abwesenheit der Direktoren Goldberg und Kremenezky war durch ihr Verweilen in Erez Israel entschuldigt. Auf der Tagesordnung stand eine Reihe wichtiger Fragen der Kolonisation und Propaganda. Von den weittragenden Beschlüssen seien die folgenden hervorgehoben: Der Generalversammlung des JNF, welche anläßlich der nächsten Zusammenkunft des Großen Aktionskomitees im Juni stattfinden soll, wird vorgeschlagen, beim Zionistenkongreß zu beantragen, daß das Hauptbüro ehestens nach Jerusalem verlegt und daß von den 7 Direktoren mindestens 3 mit dem ständigen Wohnsitz in Erez Israel gewählt werden. Zugleich wurde das Hauptbüro beauftragt, alle Vorbereitungen zur ehesten Uebersiedlung zu treffen und insbesonders die Pläne und Voranschläge für den Bau eines NF-Hauses und Beamtenwohnungen in Jerusalem zu beschaffen. Das NF-Haus soll einfach, doch würdig sein, und nebst den Amtsräumen einen Saal enthalten, der für eine ständige NF-Ausstellung und event. auch für Tagungen geeignet ist. Die Wohnhäuser für die Beamten des Hauptbüros sollen, gemeinsam mit deren Organisation, nach Erbbaurecht errichtet werden. Zugleich wurde der Grundstock für einen Pensionsfonds der NF-Beamten gelegt. Gemäß den von der letzten Jahreskonferenz in London gezogenen Richtlinien, der JNF solle seine Bodenpolitik durch planmäßige Erwerbung ländlicher und städtischer Grundstücke in Erez Israel tatkräftig fortsetzen, beschloß das Direktorium folgende neue Bodenkäufe: In Dilb (Kirjath Jearim), 14 Kilometer westlich Jerusalem an der Straße nach Jaffa, ist der dort im Juli 1920 vom JNF erworbene Boden — 1800 Dunam — durch Ankauf weiterer 3000 Dunam samt Haus abzurunden. Nächst Jerusalem, 1 Kilometer südlich des Jaffatores, wird das 20 Dunam umfassende Grundstück „Talpioth" angekauft. Hiemit ist die von Herrn Ussischkin namens des Odessaer Komitees bestimmte Voraussetzung erfüllt, womit dem JNF weitere, unmittelbar angrenzende 45 Dunam, welche das Komitee aus dem Nachlaß Kahan zur Errichtung einer „orthodoxen Kolonie" erworben hat, zu diesem Zwecke zufallen. Ferner wird beschlossen, von der Regierung 4000 Dunam bei Ruschmia am Karmel im Norden und 60 Dunam samt Haus, Pflanzung von Waldbäumen und Baumschule, bei Beer Schewah im Süden in Dauerpacht zu nehmen. Der Kauf von 600 Dunam zwecks Errichtung eines Stadtviertels Borochow wurde bis zur Erfüllung der eine zweckmäßige Besiedlung sichernder Bedingungen statt der anzusiedelnden 200 Mitglieder wurden bisher erst 40 nachgewiesen), zurückgestellt. Ein Anbot ausgedehnter Grundstücke wurde der Generalversammlung zur Genehmigung überwiesen. Der Beschluß des Direktoriums, Boden und Gebäude der Technischen Hochschule in Haifa aus dem Eigentum der Zionistischen Organisation in das des JNF zu übernehmen, verdient mit Hinblick auf das in der Vergangenheit so heiß umstrittene und für den künftigen Aufbau Erez Israels so wichtige Objekt, besondere Hervorhebung. Das Gebäude wird unter der Bedingung übernommen, daß aus seiner Uebernahme und Erhaltung dem JNF keine Kosten erwachsen. Für Aufforstungen wurde ein Gesamtbudget 16.500 ägypt. Pfund bewilligt. Darnach sind zu den im Vorjahre, 5680, vom JNF bepflanzten 1206 Dunam heuer weitere 409 Dunam mit 280.000 Bäumen an 4 Siedlungsplätzen hinzuzupflanzen, den bisher an 7 Siedlungsplätzen auf 1301 Dunam gepflanzten Wäldern und an 5 Siedlungsplätzen auf 1450 Dunam angelegten Fruchtbaumpflanzungen die entsprechende Pflege zuzuwenden. Alle diese Arbeiten werden von Kwuzoth im Akkord ausgeführt. An sonstigen Aptierungsarbeiten wurden für die Terassie hergerichtet werden, 7500 ägypt. Pfund, für die Errichtung von Ställen und zur Wasserleitungsreparatur in der 1920 erworbenen Siedlung Nachlath Jehuda 2600 ägypt. Pfund und für die Wasserleitung in der eben damals erworbenen Siedlung Kfar Malal 475 ägypt. Pfund bewilligt. Ferner hat der JNF die Budgets der vom Waad Hazirim gebildeten, noch im Okkupationszustand befindliche Kwuzoth Dagania II und III im Betrage von 4570 ägypt. Pfund übernommen. Angesichts dieser vielseitigen Betätigung des JNF in Erez Jisrael und seiner noch weit größeren Aufgaben dortselbst ist die Steigerung seiner Einnahmen von ausschlaggebender Bedeutung. Der Spendenertrag im 1. Quartal 1921 entspricht diesen Aufforderungen noch nicht. Dem Hauptbüro sind nämlich in der Berichtzeit an Spenden 26.204 Pf. (gegenüber 30.540 Pfund im 1. Quartal 1920) abgeführt worden. Die Pfund-Summe verteilt sich nach Ländern, wie folgt, (wobei zum Vergleich des 1. Quartals in Klammer beigefügt ist): Mesopotamien 6040 (112), Vereinigte Staaten 3235 (6827), China 2047 (10.102), Altrumänien 1699 (384), England 1670 (3520), Deutschland 1405 (634), Bulgarien 1113, Straits Settlements 1110, Altpolen 928 (467), Erez Israel 707 (361), Litauen-Kowno 613 (3), Argentinien 599 (1763), Neuseeland 590 (39), Elsaß-Lothringen-Luxemburg 573 (237), Oesterreich 550 (1[illegible]3), Indien 450, Tschechoslowakei 448 (3[illegible]9), Schweden 371, Belgien 314 (397), Jugoslawien 301 (102), Holland 279 (854), Lettland 253, Bukowina 220, Ostgalizien 190 (89), Estland 176, Finnland 144, weitere Länder: 7 mit 179 Pfund (12 mit 13.187 Pfund.) Der Rückgang des Quartalertrages um 4336 Pfund darf nicht zu pessimistischen Schlüssen verleiten. Vielmehr ist eine Einnahmesteigerung in Aussicht. Fast alle Landessammelstellen haben die ihnen vom Hauptbüro für 1921 vorgeschriebenen erhöhten Spendenkontingente guten Mutes zur Kenntnis genommen und sich an die Arbeit gemacht. Die Purimaktion ist Ende März in vielen Ländern, besonders Zentral- und Osteuropas, planmäßig durchgeführt worden und läßt hohe Erträge erwarten. So aus Altpolen allein 2½ bis 3 Millionen poln. Mark. Ab Lagbeomar wird hier zur Stärkung des Trumpeldor-Fonds gesammelt. In Nordamerika hat, dem spontan sich durchringenden Bedürfnis folgend, eine Aktion eingesendet, um dem Spender den Erwerb eines bestimmten Stückes Palästinabodens, und zwar vornehmlich ist diesen Bodens von wirtschaftlicher und zugleich historischer Bedeutung, zugunsten des JNF zu ermöglichen. In Argentinien wurden anfangs April vom neugeschaffenen NF-Büro eine Palästinawoche veranstaltet und zugleich die Ergebnisse der mit großer Begeisterung durchgeführten „Kossetsche" (ein spanischer Ausdruck, bedeutet Ernteschnitt) realisiert; diese Selbstbesteuerung der jüdischen Landwirte in den JCA-Kolonien durch Widmung persönlicher Arbeit auf ihren Feldern verspricht vorbildlich zu werden. Die NF-Kommissäre Englands hielten ihre Jahreskonferenz in Manchester ab und beschlossen u. a., die Aktion der NF-Bazare energisch fortzusetzen. In Oesterreich wird mit großer Wirkung nach der Parole gearbeitet, es sei Ehrenpflicht jedes Juden im Lande, bis zu Herzls Todestag mindestens einen Baum zu spenden; es gelte aus den so erwarteten 300.000 Bäumen einen „Jaar Austria" (Wals Oesterreich) zu Ehren des großen Toten zu pflanzen. In Erez Israel wurde am 14. Adar zu Purim-Kahan ein NF-Tag veranstaltet und eine reichhaltige NF-Nummer des „Haarez" ediert; diese erfolgreiche Aktion wird zu Schewuoth wiederholt. Wie hier, in Polen, Litauen und Argentinien, ist man neuerdings in Oesterreich, Deutschland, Tschechoslowakei und Bukowina, zuletzt auch in England, daran gegangen, durch Annoncen in den gelesensten jüdischen und nichtjüdischen Blättern für unseren Volksschatz zu werben. Insbesondere soll dadurch zu großen einmaligen Zuwendungen angeregt werden. An solchen sind uns in der Berichtzeit aus Mesopotamien von einem edlen Anonymus 6000 Pfund und von M. G. in Bialystok 1 Million poln. Mark zugeflossen. Die Nachlässe Raphael Gotz, Moskau mit zirka 50.000 Pfund und Louis Rosenblum, Brighton mit zirka 40.000 Pfund sind noch nicht realisiert und schon ist unserem Volksschatz ein neues Legat angefallen. Der am 4. April d. J. in Ruma, Jugoslawien, verstorbene Max Steiner hat dem JNF SHS. 225.000 Kr. zum Landankauf und 5000 Kronen zur Abhaltung von Jahrzeitgottesdiensten in Jerusalem und Ruma, ferner 400.000 Kronen als event. Sublegate vermacht.

Offizieller Teil.

An unsere jüdischen Mitbürger!

Die Londoner Exekutive der Zionistischen Weltorganisation hat den zwölften Zionistenkongreß für Ende August dieses Jahres einberufen. Der Kongreß wird aller Voraussicht nach in einer Stadt der tschechoslowakischen Republik tagen.

Die Aufgabe des zwölften Zionistenkongresses wird es vor allem sein, den Weg zum großzügigen Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina zu weisen. Dieser Aufbau ist nicht mehr Angelegenheit einer Fraktion im Judentum, sondern Aufgabe aller Juden der Welt. Die Zionistische Organisation, die die Vorbedingungen für den Aufbau geschaffen hat, der vor allem die politische Grundlage in Form des zwischen den Großmächten vereinbarten Mandatsvertrages für Palästina zu danken ist, die Zionistische Organisation stellt jene Gruppe innerhalb des jüdischen Volkes dar, welche den Aufbau Palästinas am konsequentesten verficht und ihn am ausschließlichsten unter politisch-nationalen Gesichtspunkten betrachtet. Beweggründe religiöser und humanitärer Natur sind auch im Zionismus wirksam, doch sieht er die Möglichkeit der Erfüllung des jüdischen Willens zur Rückkehr in das Land der Väter auf dem Wege der großzügigen Aufschließung und Besiedlung des Landes auf Grundlage nationaler Kapitalien.

Mögen einzelne Richtungen besondere Forderungen stellen, mag die zionistische Fraktion „Misrachi" den Aufbau ausschließlich im Geiste der religiösen Ueberlieferung, mag die entschiedene nationalpolitische Betätigung auch in den jetzigen Wohnländern der Juden fordern, eine andere ebendiese Betätigung ablehnen — sie alle vereint das Ideal der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Erez Israel, das Ideal des Zionismus.

Heute, da die Verwirklichung des Zionismus aus dem Bereich der Utopie in den Kreis der realen Möglichkeiten gerückt ist, fordern wir unsere jüdischen Mitbürger auf, sich der allweltlichen zionistischen Organisation anzuschließen und diesen Anschluß durch Entrichtung der zionistischen Kopfsteuer, des Schekels zu bekunden.

Die Zahlung des Schekels berechtigt zur Wahl zum zwölften Zionistenkongreß. Aus allen Erdteilen werden die Delegierten der zionistischen Massen hieherströmen, um sich über die wichtigen Fragen des Palästinaaufbaues auszusprechen und Beschlüsse zu fassen. Die Juden unseres Landes, die an jüdischem Gefühle und jüdischem Stolze nicht geringer zu gehört, daß sie selbst sich in größter Zahl sind, als die irgend eines andern, werden dem Kongreß eine würdige Aufnahme bereiten. Dazu gehört, daß sie selbst sich in größter Zahl in die Reihen der Zionistischen Organisation stellen und es so ermöglichen, daß die tschechoslowakische Delegation am Kongreß eine würdige Vertretung des jüdischen Volkes in der tschechoslowakischen Republik darstellt.

Wer für den Aufbau einer jüdischen Heimstätte für das jüdische Volk ist,

wer ein Asyl für Opfer blutiger Verfolgung schaffen will,

wer die Zukunft des jüdischen Volkes sichern will, der schließt sich der Zionistischen Organisation an und zahlt den Schekel.

M.-Ostrau, 19. April 1921.

Das Exekutivkomitee des Zionistischen Zentralkomitees für den tschechoslowakischen Staat:

Finzi, Rufeisen, Herrmann, Krieger, Wagner.

Der Schekel beträgt samt der Parteisteuer in Böhmen 28 Kč, in Mähren u. Schlesien 25, in der Slowakei 30 Kč.

Zahlungen nimmt jeder zionistische Vertrauensmann und Verein, die zionistische Par-

Leitung für Böhmen (Prag. I., Ruzova 24/III), das mähr.-schles. Distriktskomitee für die Slowakei (Bratislava, Jägerzeile 20), das Distriktskomitee für Karpathorußland (Velky Sevlius per Adresse Mor. Guttmann), sowie auch das Zionistische Zentralkomitee (Mähr.-Ostrau, Langegasse 24), entgegen. Auf Wunsch sendet das letztere Erlagscheine zu.

An alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner des zionistischen D. K. für Mähren und Schlesien!

Das mähr.-schles. Distriktskomitee fordert alle Zionisten, gemäß den Beschlüssen der Exekutive in London und des Zionist. Z. K. für die tschechoslowakische Republik auf, die Schekelagitation mit Energie durchzuführen und die verkauften Schkalim bis zum 15. Mai d. J. an das D. K. abzuführen. Zionisten in Mähren und Schlesien werbet für den Schekel.

Das zionistische Distriktskomitee für Mähren und Schlesien.

Mähr.-Ostrau.

Israelit. Kultusgemeinde, Mährisch-Ostrau.

Es wird hiemit bekanntgegeben, daß am Donnerstag, den 12. ds., 6 Uhr abends eine Kultusrats-Sitzung mit nachstehender Tagesordnung stattfinden wird:

1. Z. 939. Mitteilung des Präsidenten über ohne Entschuldigung von der Sektionssitzung ferngebliebenen Herren.
2. Z. 19. Geschäftsordnungsänderung: Referent K.-R. Dr. Rufeisen.
3. Z. 628. Gesuch des Schächters Lauber wegen Verleihung des Definitivums. Referent Herr K.-R. Dr. Rufeisen.
4. Z. 622. Gesuch um Unterstützung des Bethausvereines Ustron. Referent Herr K.-R. Dr. Rufeisen.
5. Z. 1892. Zuschrift der Frau Kath. Goldmann wegen Herstellung des Zaunes. Referent Herr K.-R. Dr. Tramer.
6. Z. 588. Gesuch des Isaak Seelenfreund wegen Remuneration für Religionsunterricht. Referent Herr K.-R. Dr. Ehrlich.
7. Z. 2106. Remuneration für Religionsunterricht an Dr. Horn. Referent Herr K.-R. Dr. Ehrlich.
8. Z. 208. Eingabe des Kantors David Seifter wegen Bezahlung des Religionsunterrichtes in Hruschau. Referent Herr Ewald.
9. Einläufe.

Olmütz.

Aus der israel. Kultusgemeinde: In der Sitzung vom 27. April beglückwünscht in Abwesenheit des Präsidenten, der Vizepräsident Rat Fleischner den zum Oberlandesgerichtsrat ernannten Herrn Ed. Prochaska und teilt weiters mit, daß das Präsidium dem neuernannten Erzbischof den Antrittsbesuch abgestattet habe. Ein Antrag, die Sprachenfrage betreffend eingebracht vom Herrn Josef Musil wird der nächsten Sitzung vorbehalten.

Die Resignation des Herrn Dr. Viktor Altar als Mitglied der Sektion für soziale Fürsorge für beschlossen.

An Unterstützungen werden gewährt: Dem Vereine zur unentgeltlichen Verpflegung Brustleidender auf dem Lande Kč 20.—.

Der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums Kč 12.—.

Dem Fürsorge-Verein für schwachsinnige Kinder in Prag Kč 20.—.

Dem I. österr. Rechtsschutzverein für Hausierer in Wien Kč 10.—.

Dem Unterstützungsverein für mittellose Techniker in Brünn Kč 300.—.

Aus demokratischen Gründen werden die Balustradensitze der Präsidialmitglieder abgeschafft.

Angenommen wird die Anlegung einer Armenliste, in der die Höhe und die Dauer der Unterstützungen eingetragen werden.

Nach Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung wird die Sitzung geschlossen.

Iglau.

Im Rahmen der Vorträge des Vereines „Theodor Herzl" hielt hier am Mittwoch, den 27. April der Leiter des jüdischen Schulwerkes in Brünn Prof. Dr. Josef Lamm ein ausführliches Referat über den Stand der modernen jüdischen Schulen. Der Redner führte in einem beinahe zweistündigen Vortrage noch einmal alle Gründe an, welche zur Eröffnung und Errichtung der jüdischen Schulen beigetragen haben, schilderte das jüdische Schulwerk der früheren Epoche, welches unbedingt in sich zusammenfallen mußte, da ihm die positiven Vorbedingungen einer jüdischen Kultur fehlten, und kam nun auf das Hauptthema über den nunmehrigen Zustand der jüdischen Schulen. Er gab ein überaus anschauliches und anziehendes Bild von der Art des Unterrichtes, von dem Leben und Treiben der Schüler, von dem Geiste, der Schüler und Lehrer erfüllt, schilderte den Familiencharakter der Anstalt, der alle Schüler und Schülerinnen in gleicher Liebe umfaßt, zeigte auf die äußeren Schwierigkeiten, welche das junge Schulwerk zu bestehen hatte und auf die inneren, welche besonders die Erziehung veranlagter jüdischer Kinder, bei denen sich die kritische Geistigkeit in frühestem Alter zeigt, oft behindern. Das jüdische Schulwerk ist unsere ureigendste Schöpfung und es ist Pflicht aller Juden, das aufblühende Schulwerk in jeder Weise zu fördern. Auf Aufforderung des Vorsitzenden Dr. Brand meldete sich sofort eine beträchtige Anzahl von Zuhörern als Mitglieder des Vereines „Jüdische Schule" und zeichneten ansehnliche Spenden. Auch reiche Bücherspenden wurden der Anstaltsbücherei zugewendet und ein Vertrauensmann für jüdische Schulangelegenheiten gewählt, der im Kontakte mit dem Verein bleiben sollte.

Straßnitz.

Die Sefirotage, von jeher Tage ernster Wehmut, in denen unsere Seele um das große Sterben unter Rabbi Akibas Jüngern weint, nahmen auch dieses Jahr einen der besten unserer Kultusgemeinde. Herr Siegmund Rebenwurzel, langjähriger Vorsteher unserer Kultusgemeinde, wurde seiner Familie im Alter von 63 Jahren nach längerem schweren Leiden durch den Tod entrissen. Der Verewigte war neun Jahre Bürgermeister der hierort. polit. israelitischen Gemeinde. Zwölf Jahre verwaltete er das Vorsteheramt unserer Kultusgemeinde hingebungsvoll, mit unerschütterlichem Pflichtbewußtsein. War einer der eifrigsten Teilnehmer am Gottesdienste und Förderer der hiesigen Chewrah-Kadischa. Bekleidete mehrere Ehrenämter. War Gemeinderat der hiesigen Stadtgemeinde. Mitglied des Verwaltungsausschusses der hiesigen Bank „Concordia", Obmann des Ortsschulrates und Präses des Handels- und Gewerbevereines. Der Verewigte entfaltete auf allen Gebieten seines Wirkungskreises eine ersprießliche und erfolgreiche Tätigkeit. Er wird betrauert von seiner Gattin, seinem Sohne Cand. Jur. Herr Hans Rebenwurzel, Obmann der hiesigen „Zionistischen Ortsgruppe", von seinen sechs Kindern und von einer Schar vornehmer Verwandten und Freunde. Welches Ansehen der Verewigte in allen Kreisen der Bevölkerung genoß, beweist die seltene Teilnahme bei dem Leichenbegängnisse, welches am 1. Mai unter Beteiligung der Behörden, der Lehranstalten und aller Schichten der städt. Bevölkerung stattgefunden, die alle dem Verewigten ein ehrendes Andenken bewahren werden.

R. F.

Karlsbad.

Nachstehende zionistische Aerzte praktizieren heuer in Karlsbad: Dr. S. Hirsch, Dr. W. Kohner (der Obmann des dortigen jüdischen Volksvereines Zion), Dr. B. Scharf, die Zahnärzte Dr. Eli Böhm und Dr. R. Löwenstein sowie die Spezialärztin für Hautkrankheiten und Kosmetik Fräulein Dr. J. Güttig.

Ung. Ostra.

Zionistische Ortsgruppe.

Bericht über die Tätigkeit in den Monaten Februar und März 1921. In den verflossenen zwei Monaten wurde gleichfalls innerhalb der zion. Organisation rege gearbeitet. Es fanden 4 Diskussionsabende statt, an welchen folgende Vorlesungen und Vorträge gehalten wurden: „Was ist national. Erziehung?" (Frl. Berta Grünfeld), „Große oder kleine Einwanderung?" (Frl. Jella Czech), „Die Aufgaben des Zweiten tschechoslow. Zionistentages" (Herr Fränkel). An dieses letztere Referat knüpfte sich eine überaus rege Debatte, in welcher über alle aktuellen Fragen und Probleme, die der Zionistentag zu lösen haben wird, eingehend gesprochen wurde. Am 14. Februar fand der erste Palästina-Lichtbildervortrag statt, welcher großes Interesse erweckte. Der Palästina-Referent, Herr Jos. Wagner, gab zu den Bildern die nötigen Erklärungen und erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Vor dem Lichtbildervortrag sprach der Obmann der Ortsgruppe in sehr eindringlicher Weise über „Keren Hajessod". Seine überzeugenden Ausführungen und sein Appell an die Anwesenden hatten einen schönen finanziellen Erfolg. Im März fand eine Vollversammlung der Ortsgruppe statt, bei der unter anderem auch der Delegierte zum Zionistentag gewählt wurde. Die Nationalfondsarbeit geht erfolgreich vorwärts. Der auf das erste Quartal entfallende Kontingent von per 2000 Kronen wurde fast erreicht. Die zweite Rate für den Arbeitsfonds des D. K. wurde termingemäß abgeführt. Die neuen Statuten unserer Kultusgemeinde sind fertiggestellt. Auf Grund einer Resolution der zion. Ortsgruppe und der Leitung der „Ivria" wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen vom 21. Lebensjahre angenommen.

Bericht des „Jüd. Wohltätigkeits-Frauenvereines".

Der jüd. Wohltätigkeits-Frauenverein, Ung.-Ostra, veranstaltete am 10. März d. J. in den Räumen der „Ivria" am Nachmittag ein Kinderfest mit Theater, Vorträgen, Jause und Bescherung. Der Glanzpunkt des Programmes waren die Vorführung eines Rokkoko-Tanzduettes, dargestellt von den Kindern Grünfeld und Sonnenfeld, sowie die Vorführung slowakischer Tänze von den Kindern Hirsch und Kohn. Die überaus schönen Darbietungen unserer allerjüngsten weiblichen Jugend wurden mit stürmischem Beifall der Gäste belohnt und mußten einigemale zur Wiederholung kommen. Einstudiert waren die Tänze von Frau Trude Sonnenfeld und Herrn Otto Singer. Die Musikbegleitung besorgten die Damen Jella Czech und Paula Müller. Am Abend des gleichen Tages fand ein Maskenkränzchen statt, das einen sehr animierten Verlauf nahm und durch reiche Buffetspenden der hiesigen und Weißelner Judenschaft auch ein schönes finanzielles Ergebnis hatte. Der Großteil desselben verblieb dem Frauenverein für seine laufenden Wohltätigkeitsaktionen, einen Teil erhielt die „Ivria" und einen entsprechenden Betrag auch der Jüd. Nationalfonds. Am eigentlichen Purimabend beschloß der Frauenverein seine Veranstaltungswoche mit einem wohlgelungenen Tee-Abend, bei dem auch viele Verstellte erschienen und große Heiterkeit erweckten. An diesem Abend spielte nach längerer Zeit auch wieder unser heimische Schammesq arett unter der Leitung des Kapellmeisters Herrn Reich. Dem Veranstaltungskomitee sowie allen, die irgend wie zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben, wird hiemit nochmals der wärmste Dank ausgesprochen.

Jüdischer Sport

Am 29. Mai d. J. findet das Schauturnen aller Makabivereine aus Böhmen in Prag am Hagiborplatz statt. Es werden außer Makabi Prag, auch Makabi Aussig, Brüx, Budweis, Dobřiš, Komotau, Leitmeritz, Pilsen, Teplitz ihre Turner und Turnerinnen, die in Schauturen der eigenen Vereine ihre Kräfte erprobt haben, in Prag versammeln, um vor aller Oeffentlichkeit Proben ihrer Körperdisziplin abzulegen. Haben Wien, Basel und Brünn wiederholt schon Schauturnen der jüd. Turnerschaft gesehen, so ist es in Prag das erstemal, daß die Makabi mit einer Veranstaltung großen Stils vor die Oeffentlichkeit treten. Sie werden sich dessen bewußt sein müssen, daß Prag vor einem Jahr die gewaltigen Leistungen der Sokolschaft bewundert hat und daß heuer auch die Arbeiterturnvereine ihre Heerschau halten werden. Dieses Schauturnen gewinnt noch besonderes Interesse durch den Umstand, daß alle Makabivereine der tschechoslowakischen Republik zu dem einen Monat später in Brünn stattfindenden Turn- und Sportfest rüsten und wenn die Nachrichten richtig sind, wird auch der im August d. J. stattfindende Zionistenkongreß auch diesmal nicht ohne das turnsportfrohe „Jungjuda" abgehalten werden.

Das erstemal nach dem Kriege kommen größere Makabigrupen zusammen, zum erstenmal die aus Böhmen, die meisten kaum vor Jahresfrist gegründet, zum erstenmal auf dem Boden eines jüd. Klubs. Die Turnerschaft wird zu beweisen haben, daß sie von gut jüd. Geiste getragen, von Ausdauer, Verläßlichkeit und Disziplin beseelt, es mit der Wiedergeburt des jüd. Volkes ernst meint. Die jüd. Oeffentlichkeit wird durch ihr Interesse am Schauturnen dokumentieren, daß sie ihre Jugend in diesem Streben versteht, fördert und wird verlangen können, daß die Leistungen der Makabivereine in Böhmen den der weit älteren in Mähren nicht nachstehen.

Israelit. Kultusgemeinde, Mährisch-Ostrau.

Zahl 1059.

Kundmachung.

Den Mitgliedern der israel. Kultusgemeinde in Mähr.-Ostrau wird der Wortlaut des § 49 der Statuten hiemit zur Darnachrichtung bekanntgegeben:

§ 49.

Wer vor dem, bezw. an dem 1. Jänner eines jeden Jahres seinen ordentlichen Wohnsitz in der Kultusgemeinde nimmt, hat dies in der Kultusgemeindekanzlei mündlich oder schriftlich anzuzeigen, und ist für das neue Jahr zur Beitragsleistung verpflichtet, wenn er auch noch im Laufe des Jahres die Kultusgemeinde wieder verläßt, oder mit Tod abgeht. Demjenigen, der die pflichtmäßige Anzeige zu erstatten unterläßt, ist die Steuer nachträglich vorzuschreiben und hat er außerdem eine Buße in der Höhe des vorgeschriebenen Betrages zu erlegen. Die letztere kann ganz oder teilweise vom Kultusrate nachgesehen werden.

Wer seinen Wohnsitz aus der Kultusgemeinde verlegt, und dies nicht bis längstens 31. Dezember dem Präsidium anzeigt, bleibt auch für das folgende Verwaltungsjahr für diese Kultusgemeinde beitragspflichtig.

M.-Ostrau, am 4. Mai 1921.

Der Präsident:
Dr. Alois Hilf.

Israel. náboženská obec v M. Ostravě.

Číslo 1059.

Vyhláška.

Členům náb. obce v Mor. Ostravě uvádí se ku vědomosti doslovné znění § 49 stanov.

§ 49.

Kdo před prvním, potažmo 1. ledna každého roku svůj řádný pobyt v náb. obci béře, má to v kanceláři náb. obce ústně nebo písemně ohlásit a jest povinen k zaplacení příspěvků pro nový rok, i kdyby během tohoto roku obec zase opustil jakož i v případě úmrtí.

Zanechá-li kdo toto oznámení, předepíše se mu daň dodatečně a mimo to bude mu uložena pokuta ve výši předepsaného obnosu. Náb. rada může tuto pokutu buď částečně neb docela prominouti.

Kdo předložení svého bydliště z náb. obce představenstvu nejdéle do 31. prosince neoznámí, zůstane obci zavázán k uhrazení příspěvku i pro následující správní rok.

Mor. Ostrava, dne 4. května 1921.

President:
Dr. Alois Hilf.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oberfunke